

Louisa Schluussen

Interne und externe Meldestellen

Der nationale Hinweisgeberschutz vor und nach
der unionsrechtlichen Harmonisierung



Nomos

Neue Schriften zum Zivilrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Berger

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit

Prof. Dr. h.c. mult. Burkhard Hess

Prof. Dr. Abbo Junker

Prof. Dr. Dirk Looschelders

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel

Band 16

Louisa Schluussen

Interne und externe Meldestellen

Der nationale Hinweisgeberschutz vor und nach
der unionsrechtlichen Harmonisierung



Nomos

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds für Open Access Monografien des Landes Brandenburg gefördert.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt (Oder), Juristische Fakultät der Europa-Universität Viadrina, Diss., 2025

1. Auflage 2026

© Louisa Schloussen

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3586-1

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6645-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748966456>



Onlineversion
Inlibra



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Für meine Eltern

Vorwort

Diese Arbeit wurde der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) im April 2024 als Dissertation vorgelegt. Schrifttum und Rechtsprechung wurden bis dahin berücksichtigt. Die Disputation fand im März 2025 statt.

Mein erster Dank gilt meinem Doktorvater und Erstgutachter Prof. Dr. Bartosz Makowicz. Ohne seine Bereitschaft, mein Thema zu begleiten, die offene Unterstützung im gesamten Prozess und seine fachlichen Anregungen wäre diese Arbeit so nicht entstanden. Die Möglichkeiten, die sich durch die Zusammenarbeit eröffnet haben – von gemeinsamen Veröffentlichungen bis hin zu Podiumsdiskussionen – schätze ich sehr.

Prof. Dr. Claudia Maria Hofmann danke ich für die zügige Erstellung des wertschätzenden Zweitgutachtens und die positive, unterstützende Atmosphäre während der Disputation. Letzteres gilt ebenso für Prof. Dr. Benjamin Lahusen als Vorsitzenden der Prüfungskommission. Ich werde diesen Tag für immer in bester Erinnerung behalten.

Ohne Dr. Rainer Markfort hätte diese Arbeit vermutlich nie das Licht der Welt erblickt. Ihm gebührt ein besonderer Dank – denn er gab mir im Bewerbungsgespräch bei Dentons Deutschland den entscheidenden Impuls, eine Dissertation im Bereich Whistleblowing zu schreiben. So brachte er mich auf diesen Weg und wurde im weiteren Verlauf zu einem bedeutenden Mentor.

Danken möchte ich auch dem Compliance-Team von Dentons, das mir ermöglichte, meine theoretischen Erkenntnisse in der Praxis zu vertiefen, mit Legal Tech zu verknüpfen und sogar Forschungsaufenthalte in Paris und New York zu absolvieren. Diese außergewöhnlichen Erfahrungen waren nicht selbstverständlich.

Darüber hinaus danke ich Dr. Anna-Maija Mertens, die mich ermutigte, die Leitung der Arbeitsgruppe Hinweisgeberschutz bei Transparency Deutschland zu übernehmen. Durch diese Aufgabe konnte ich nicht nur meine theoretischen Erkenntnisse, sondern auch rechtspolitische Vorschläge einbringen – bis hin zur Teilnahme als Sachverständige im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages. Ein herzlicher Dank gilt meinem langjährigen Co-Leiter Ass.-Prof. Dr. Sebastian Oelrich, der mir in stressigen Phasen stets den Rücken freihielte und diese Arbeit mit seinen empirischen Erkenntnissen bereicherte.

Auf meinem Weg haben noch weitere geschätzte Kolleginnen und Kollegen meine Forschung mit ihrer Expertise geprägt – besonders hervorheben möchte ich dabei Karin Holloch, Dr. Simon Gerdemann, Dr. Robert Brockhaus und Dr. Johannes Dilling.

Ein großer Dank gilt außerdem der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), die mich nicht nur bei meinen Auslandsaufenthalten finanziell unterstützte, sondern mir auch mit dem Abschlussstipendium für die Dissertation entscheidend den Rücken stärkte. Ebenso herzlich danke ich der FAZIT-Stiftung für die Förderung meiner Forschungsaufenthalte in Paris und New York. Für die großzügige Unterstützung der Open-Access-Publikation bin ich dem Publikationsfonds für Open-Access-Monografien des Landes Brandenburg sehr verbunden. Die Aufnahme meiner Arbeit in die renommierte Schriftenreihe „Neue Schriften zum Zivilrecht“ des Nomos-Verlags verdanke ich Dr. Josef Herbasch und der Herausgeberschaft.

Doch ohne privaten Rückhalt wäre all das nicht möglich gewesen. Meiner Familie und meinen Freunden, vor allem meinem Bruder Gordon Herold, Stefanie Christen und Laura Jähnel, danke ich außerordentlich für ihr Verständnis, dass ich oft nur wenig Zeit hatte. Besonders danke ich Dominik Manns, der als Fels in der Brandung die Tiefen dieser Zeit erträglich machte und die Höhen mit mir feierte. Ebenso gilt mein Dank meinem guten Freund Theo Rüster, der mich schon in der neunten Klasse „Frau Dr. Schloussen“ nannte – damals hätte ich nie gedacht, dass dies einmal Wirklichkeit werden würde.

Von ganzem Herzen widme ich diese Dissertation meinen Eltern, Hella Schloussen-Herold und Alexander Schloussen. Sie haben mich mein Leben lang mit Energie, Zuversicht und unermüdlicher Unterstützung begleitet. Für ihren Glauben an mich, ihre Geduld in stressigen Zeiten und ihr stets offenes Ohr bin ich zutiefst dankbar. Auch beim Korrekturlesen waren sie mir eine große Hilfe. Ohne sie wäre dieser Weg nicht möglich gewesen.

Berlin, im November 2025

Louisa Schloussen

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	37
Einleitung	46
Kapitel 1: Grundlagen	48
A. Begriffsklärung	48
I. Hinweisgeberschutz	48
II. Interne und externe Meldestellen	51
III. Privater und öffentlicher Sektor	56
IV. Zwischenergebnis	60
B. Involvierte Interessen	61
I. Beschäftigungsgeber	61
II. Hinweisgebende Person	65
III. Gemeldete Person	67
IV. Öffentlichkeit	67
V. Dritte	70
VI. Zwischenergebnis	70
C. Komponenten von Meldestellen	71
I. Verpflichtete	72
II. Hinweisgebende Person	72
III. Meldegegenstand	73
IV. Meldeprozess	75
V. Vertraulichkeit	80
VI. Anonymität	81
VII. Schutzregelungen	82
VIII. Finanzielle Anreize	83
IX. Zwischenergebnis	84
D. Die Relevanz des Unionsrechts für den Hinweisgeberschutz	86
I. Beschränkte Rechtsetzungskompetenzen	87
II. Rechtsquellen	88
III. Zwischenergebnis	89
Kapitel 2: Nationale Rechtslage vor der unionsrechtlichen Harmonisierung	91
A. Verpflichtete	91

I. Interne Meldestellen	93
II. Externe Meldestellen	101
III. Zwischenergebnis	103
B. Hinweisgebende Person	103
C. Meldegegenstand	104
D. Meldeprozess	104
E. Vertraulichkeit	105
F. Anonymität	106
G. Schutzregelungen	109
I. Hinweisgebende Person	109
II. Gemeldete Person	130
III. Zwischenergebnis	131
H. Finanzielle Anreize	132
I. Zwischenergebnis	133
Kapitel 3: Unionsrechtliche Regelungen	134
A. HinSchRL als allgemeiner Standard	134
I. Verpflichtete	134
II. Hinweisgebende Person	137
III. Meldegegenstand	138
IV. Meldeprozess	141
V. Vertraulichkeit	146
VI. Anonymität	149
VII. Schutzregelungen	150
VIII. Finanzielle Anreize	162
IX. Verhältnis zu den bereichsspezifischen unionsrechtlichen Regelungen	162
X. Ablauf der Umsetzungsfrist	165
XI. Zwischenergebnis	169
B. Bereichsspezifische Regelungen zu internen Meldestellen	172
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	172
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	202
III. Verkehrssicherheit	211
IV. Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten	219
V. Arbeitnehmerschutz	222
VI. Zwischenergebnis	226

C. Bereichsspezifische Regelungen zu externen Meldestellen	228
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	228
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	258
III. Verkehrssicherheit	264
IV. Umweltschutz	275
V. Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz	279
VI. Zwischenergebnis	282
Kapitel 4: Nationale Umsetzung der unionsrechtlichen Regelungen	284
A. HinSchG als allgemeiner Standard	284
I. Verpflichtete	286
II. Hinweisgebende Person	291
III. Meldegegenstand	292
IV. Meldeprozess	300
V. Vertraulichkeit	313
VI. Anonymität	317
VII. Schutzregelungen	320
VIII. Finanzielle Anreize	340
IX. Zwischenergebnis	341
B. Bereichsspezifische Regelungen zu internen Meldestellen	344
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	345
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	377
III. Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten	382
IV. Arbeitnehmerschutz	386
V. Zwischenergebnis	390
C. Bereichsspezifische Regelungen zu externen Meldestellen	391
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	392
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	414
III. Verkehrssicherheit	422
IV. Umweltschutz	431
V. Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz	435
VI. Zwischenergebnis	435
D. Die Struktur des nationalen Hinweisgeberschutzes nach der unionsrechtlichen Harmonisierung	437

Inhaltsübersicht

I. Umsetzung des Art. 3 Abs. 1 HinSchRL	437
II. Verhältnis des HinSchG zu den bereichsspezifischen Unions- und Umsetzungsvorschriften im Einzelnen	446
Kapitel 5: Schlussfolgerungen für die künftige Gesetzgebung	467
A. Fazit zu den Defiziten des nationalen Rechts	467
B. Empfehlungen für eine kohärente Regelung des nationalen Hinweisgeberschutzes	469
I. Umfassendes Gesetz	469
II. Einheitliche Terminologie	470
III. Nachgebesserte Anforderungen an Meldestellen	471
IV. Weitgehende Integration und Löschung der bereichsspezifischen Regelungen	487
V. Zwischenergebnis	508
Gesamtergebnis	510
Literaturverzeichnis	519

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	37
Einleitung	46
Kapitel 1: Grundlagen	48
A. Begriffsklärung	48
I. Hinweisgeberschutz	48
1. Gegenstand	48
2. Abgrenzung zu ähnlichen Phänomenen	49
II. Interne und externe Meldestellen	51
1. Gesetzliche Terminologie	53
a) Unionsrecht	53
b) Nationales Recht	54
2. Verwendete Begriffe	56
III. Privater und öffentlicher Sektor	56
IV. Zwischenergebnis	60
B. Involvierte Interessen	61
I. Beschäftigungsgeber	61
1. Vorteile einer internen Meldestelle	61
a) Teil des Compliance-Management-Systems	62
b) Teil der Corporate Governance bzw. Public Governance	63
c) Teil der Organisational Social Responsibility	64
2. Nachteile externer Meldungen und Offenlegungen	65
II. Hinweisgebende Person	65
III. Gemeldete Person	67
IV. Öffentlichkeit	67
V. Dritte	70
VI. Zwischenergebnis	70
C. Komponenten von Meldestellen	71
I. Verpflichtete	72
II. Hinweisgebende Person	72
III. Meldegegenstand	73
IV. Meldeprozess	75
1. Meldekanal	76
2. Entgegennahme der Meldungen	78
3. Folgemaßnahmen	79
V. Vertraulichkeit	80
VI. Anonymität	81

VII. Schutzregelungen	82
VIII. Finanzielle Anreize	83
IX. Zwischenergebnis	84
D. Die Relevanz des Unionsrechts für den Hinweisgeberschutz	86
I. Beschränkte Rechtsetzungskompetenzen	87
II. Rechtsquellen	88
III. Zwischenergebnis	89
Kapitel 2: Nationale Rechtslage vor der unionsrechtlichen Harmonisierung	91
A. Verpflichtete	91
I. Interne Meldestellen	93
1. WBO	93
2. §§ 84, 85 BetrVG	93
3. §§ 81a, 197a SGB V, § 47a SGB XI	94
4. §§ 13, 16 AGG	95
5. § 11 SeeBewachDV	97
6. §§ 8, 9 Abs. 1 LkSG	98
II. Externe Meldestellen	101
1. § 158 StPO	101
2. § 7 WBeauftrG	102
3. § 8 Abs. 1 PKGrG	102
III. Zwischenergebnis	103
B. Hinweisgebende Person	103
C. Meldegegenstand	104
D. Meldeprozess	104
E. Vertraulichkeit	105
F. Anonymität	106
G. Schutzregelungen	109
I. Hinweisgebende Person	109
1. Grundsätze der Rechtsprechung	111
a) Arbeitnehmer in privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen	111
aa) Nationale Rechtsprechung	111
(1) Vorrangige interne Meldung	113
(2) Berechtigung der Vorwürfe	113
(3) Motive der hinweisgebenden Person	114
bb) Rechtsprechung des EGMR	115
(1) Öffentliches Interesse	116

(2) Verfügbarkeit alternativer Kanäle zur Aufdeckung des Verstoßes	117
(3) Authentizität der Informationen	119
(4) Motive der hinweisgebenden Person	120
(5) Schaden des Arbeitgebers	120
(6) Sanktionen gegenüber der hinweisgebenden Person und deren Folgen	121
b) Beamte	121
aa) Vorrangige interne Meldung	123
bb) Berechtigung der Vorwürfe	124
c) Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes	124
2. Schutznormen	125
a) § 612a BGB	126
b) § 78 BBG, § 45 BeamtStG	126
c) § 5 Nr. 2 GeschGehG	127
d) § 4 SchadRegProtAG	129
II. Gemeldete Person	130
III. Zwischenergebnis	131
H. Finanzielle Anreize	132
I. Zwischenergebnis	133
Kapitel 3: Unionsrechtliche Regelungen	134
A. HinSchRL als allgemeiner Standard	134
I. Verpflichtete	134
1. Interne Meldestellen	134
2. Externe Meldestellen	136
II. Hinweisgebende Person	137
III. Meldegegenstand	138
1. Umfang des sachlichen Anwendungsbereichs	138
2. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich	140
IV. Meldeprozess	141
1. Interne Meldestellen	141
a) Meldekanal	141
b) Entgegennahme der Meldungen und Folgemaßnahmen	142
c) Informationspflicht	143
2. Externe Meldestellen	143
a) Meldekanal	143
b) Entgegennahme der Meldungen	144
c) Folgemaßnahmen	145

d) Informationspflicht	146
V. Vertraulichkeit	146
1. Vertraulichkeitsgebot	146
2. Ausnahmen	148
VI. Anonymität	149
VII. Schutzregelungen	150
1. Hinweisgebende Person und weitere geschützte Personen	150
a) Allgemeine Voraussetzungen	150
aa) Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	150
bb) Hinreichender Grund zur Annahme	154
cc) Zuständigkeit der Meldestelle	155
dd) Unbeachtlichkeit der Meldemotive	156
b) Maßnahmen	156
aa) Verbot von Repressalien	156
bb) Straflosigkeit und Haftungsbeschränkung	157
cc) Beweislastumkehr	159
dd) Schadensersatz und Rechtsschutz	160
ee) Sanktionen	160
ff) Hilfsangebote	160
2. Gemeldete Person	161
VIII. Finanzielle Anreize	162
IX. Verhältnis zu den bereichsspezifischen unionsrechtlichen Regelungen	162
1. Unionsrechtsakte in Anhang Teil II der HinSchRL	162
2. Sonstige Regelungen	165
X. Ablauf der Umsetzungsfrist	165
1. Unmittelbare Wirkung	166
2. Richtlinienkonforme Auslegung	167
3. Staatshaftungsanspruch	168
4. Vertragsverletzungsverfahren	168
XI. Zwischenergebnis	169
B. Bereichsspezifische Regelungen zu internen Meldestellen	172
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	172
1. Art. 71 Abs. 3 EigKapRL	172
a) Verpflichtete	172
b) Hinweisgebende Person	173
c) Meldegegenstand	173
d) Meldeprozess	175
e) Vertraulichkeit und Schutzregelungen?	175

f) Verhältnis zur HinSchRL	177
2. Art. 30e Abs. 3 AbPrüfRL	177
a) Verpflichtete	177
b) Hinweisgebende Person	178
c) Meldegegenstand	178
d) Meldeprozess	178
e) Verhältnis zur HinSchRL	178
3. Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO	178
a) Verpflichtete	179
b) Hinweisgebende Person	179
c) Meldegegenstand	179
d) Meldeprozess	180
e) Finanzielle Anreize?	180
f) Verhältnis zur HinSchRL	181
4. Art. 73 Abs. 2 FinMarktRL-II	181
a) Verpflichtete	181
b) Hinweisgebende Person	182
c) Meldegegenstand	183
d) Meldeprozess	183
e) Verhältnis zur HinSchRL	183
5. Art. 99d Abs. 5 OGAW-RL	184
a) Verpflichtete	184
b) Hinweisgebende Person	185
c) Meldegegenstand	185
d) Meldeprozess	186
e) Verhältnis zur HinSchRL	186
6. Art. 26 Abs. 5 ZenVerwahrVO	186
a) Verpflichtete	187
b) Hinweisgebende Person	187
c) Meldegegenstand	187
d) Meldeprozess	187
e) Verhältnis zur HinSchRL	188
7. Art. 65 Abs. 3 ZenVerwahrVO	188
a) Verpflichtete	188
b) Hinweisgebende Person	188
c) Meldegegenstand	189
d) Meldeprozess	189
e) Vertraulichkeit und Schutzregelungen?	189
f) Verhältnis zur HinSchRL	190

8.	Art. 24 Abs. 3 WertFinGeVO	190
a)	Verpflichtete	190
b)	Hinweisgebende Person	191
c)	Meldegegenstand	191
d)	Meldeprozess	191
e)	Verhältnis zur HinSchRL	191
9.	Art. 28 Abs. 4 PRIIP-VO	192
a)	Verpflichtete	192
b)	Hinweisgebende Person	192
c)	Meldegegenstand	193
d)	Meldeprozess	193
e)	Verhältnis zur HinSchRL	193
10.	Art. 14 Abs. 3 BenchmarkVO	193
a)	Verpflichtete	194
b)	Hinweisgebende Person	194
c)	Meldegegenstand	194
d)	Meldeprozess	195
e)	Vertraulichkeit	195
f)	Verhältnis zur HinSchRL	195
11.	Art. 41 Abs. 4 ProspektVO	196
a)	Verpflichtete	196
b)	Hinweisgebende Person	196
c)	Meldegegenstand	197
d)	Meldeprozess	197
e)	Finanzielle Anreize?	197
f)	Verhältnis zur HinSchRL	198
12.	Art. 22 Abs. 2 WertFirmRL	198
a)	Verpflichtete	198
b)	Hinweisgebende Person	199
c)	Meldegegenstand	199
d)	Meldeprozess	199
e)	Verhältnis zu anderen Unionsvorschriften	200
aa)	Art. 73 Abs. 2 FinMarktRL-II	200
bb)	HinSchRL	200
13.	Zwischenergebnis	201
II.	Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	202
1.	Art. 61 Abs. 3 GwRL-IV	202
a)	Verpflichtete	203
b)	Hinweisgebende Person	203
c)	Meldegegenstand	203

d) Meldeprozess	204
e) Anonymität	204
f) Schutzregelungen	204
g) Verhältnis zur HinSchRL	207
2. Art. 21 Abs. 2 GeldTransVO	208
a) Verpflichtete	208
b) Hinweisgebende Person	208
c) Meldegegenstand	208
d) Meldeprozess	209
e) Anonymität	209
f) Verhältnis zur HinSchRL	209
3. Zwischenergebnis	210
III. Verkehrssicherheit	211
1. Art. 5 ZivLuftMeldVO	211
a) Verpflichtete	212
b) Hinweisgebende Person	212
c) Meldegegenstand	212
d) Meldeprozess	213
e) Vertraulichkeit	215
f) Schutzregelungen	215
g) Verhältnis zur HinSchRL	216
2. Zwischenergebnis	218
IV. Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten	219
1. Art. 48 JI-RL	219
a) Verpflichtete	219
b) Hinweisgebende Person	220
c) Meldegegenstand	220
d) Meldeprozess	220
e) Vertraulichkeit	220
f) Verhältnis zur HinSchRL	220
2. Zwischenergebnis	221
V. Arbeitnehmerschutz	222
1. Anhang Titel 5 SeeArbÜ-RL	222
a) Verpflichtete	223
b) Hinweisgebende Person	223
c) Meldegegenstand	223
d) Meldeprozess	223
e) Schutzregelungen	224
f) Verhältnis zur HinSchRL	224
2. Zwischenergebnis	225

VI. Zwischenergebnis	226
C. Bereichsspezifische Regelungen zu externen Meldestellen	228
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	228
1. Art. 71 Abs. 1 und 2 EigKapRL	228
a) Zuständige Behörde	228
b) Hinweisgebende Person	229
c) Meldegegenstand	229
d) Meldeprozess	229
e) Vertraulichkeit	229
f) Schutzregelungen	230
g) Verhältnis zur HinSchRL	230
2. Art. 30e Abs. 1 und 2 AbPrüfRL	231
a) Zuständige Behörde	231
b) Hinweisgebende Person	231
c) Meldegegenstand	231
d) Meldeprozess	232
e) Schutzregelungen	232
f) Finanzielle Anreize	232
g) Verhältnis zur HinSchRL	232
3. Art. 32 Abs. 1, 2, 4 und 5 MarktMissVO i. V. m. MarktMissDFRL	233
a) Zuständige Behörde	233
b) Hinweisgebende Person	233
c) Meldegegenstand	234
d) Meldeprozess	234
aa) Meldekanal	234
bb) Entgegennahme der Meldungen und Folgemaßnahmen	235
cc) Informationspflicht	236
e) Vertraulichkeit	236
f) Anonymität	237
g) Schutzregelungen	238
aa) Hinweisgebende Person	238
bb) Gemeldete Person	239
h) Finanzielle Anreize	239
i) Verhältnis zur HinSchRL	240
4. Art. 73 Abs. 1 FinMarktRL-II	240
a) Zuständige Behörde	240
b) Hinweisgebende Person	241

c) Meldegegenstand	241
d) Meldeprozess	241
e) Vertraulichkeit	241
f) Schutzregelungen	241
g) Verhältnis zur HinSchRL	242
5. Art. 99d Abs. 1, 2 und 4 OGAW-RL	242
a) Zuständige Behörde	242
b) Hinweisgebende Person	242
c) Meldegegenstand	243
d) Meldeprozess	243
e) Vertraulichkeit	243
f) Schutzregelungen	243
g) Verhältnis zur HinSchRL	244
6. Art. 65 Abs. 1 und 2 ZenVerwahrVO	244
a) Zuständige Behörde	244
b) Hinweisgebende Person	244
c) Meldegegenstand	244
d) Meldeprozess	245
e) Vertraulichkeit	245
f) Schutzregelungen	245
g) Verhältnis zur HinSchRL	245
7. Art. 24 Abs. 1 und 2 WertFinGeVO	246
a) Zuständige Behörde	246
b) Hinweisgebende Person	246
c) Meldegegenstand	246
d) Meldeprozess	246
e) Vertraulichkeit	247
f) Schutzregelungen	247
g) Verhältnis zur HinSchRL	247
8. Art. 28 Abs. 1, 2 und 3 PRIIP-VO	247
a) Zuständige Behörde	247
b) Hinweisgebende Person	248
c) Meldegegenstand	248
d) Meldeprozess	248
e) Vertraulichkeit	248
f) Schutzregelungen	248
g) Verhältnis zur HinSchRL	249
9. Art. 35 VersVertrRL	249
a) Zuständige Behörde	249
b) Hinweisgebende Person	250

c) Meldegegenstand	250
d) Meldeprozess	250
e) Vertraulichkeit	250
f) Schutzregelungen	250
g) Verhältnis zur HinSchRL	251
10. Art. 41 Abs. 1, 2 und 3 ProspektVO	251
a) Zuständige Behörde	251
b) Hinweisgebende Person	251
c) Meldegegenstand	251
d) Meldeprozess	252
e) Vertraulichkeit	252
f) Schutzregelungen	252
g) Finanzielle Anreize	252
h) Verhältnis zur HinSchRL	253
11. Art. 22 Abs. 1 WertFirmRL	253
a) Zuständige Behörde	253
b) Hinweisgebende Person	253
c) Meldegegenstand	253
d) Meldeprozess	253
e) Vertraulichkeit	254
f) Schutzregelungen	254
g) Verhältnis zur HinSchRL	254
12. Zwischenergebnis	254
13. Exkurs: Art. 24 Abs. 6 EbAV-RL und § 234b VAG	256
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	258
1. Art. 61 Abs. 1, 2 und 3 UAbs. 2 und 3 GwRL-IV	258
a) Zuständige Behörde	258
b) Hinweisgebende Person	258
c) Meldegegenstand	259
d) Meldeprozess	259
e) Vertraulichkeit	259
f) Schutzregelungen	260
g) Verhältnis zur HinSchRL	260
2. Art. 21 Abs. 1 GeldTransVO	261
a) Zuständige Behörde	261
b) Hinweisgebende Person	261
c) Meldegegenstand	261
d) Meldeprozess	261
e) Vertraulichkeit	262
f) Schutzregelungen	262

g) Verhältnis zur HinSchRL	262
3. Zwischenergebnis	263
III. Verkehrssicherheit	264
1. Art. 5 ZivLuftMeldVO	264
a) Zuständige Behörde	264
b) Hinweisgebende Person	264
c) Meldegegenstand	264
d) Meldeprozess	264
e) Vertraulichkeit	266
f) Schutzregelungen	266
g) Verhältnis zur HinSchRL	267
2. Art. 5 SeeArbÜ-FlagStaatRL	268
a) Zuständige Behörde	268
b) Hinweisgebende Person	268
c) Meldegegenstand	268
d) Meldeprozess	268
e) Vertraulichkeit	269
f) Verhältnis zur HinSchRL	269
3. HafStaatKonRL	269
a) Art. 18 HafStaatKonRL	270
aa) Zuständige Behörde	270
bb) Hinweisgebende Person	270
cc) Meldegegenstand	270
dd) Meldeprozess	271
ee) Vertraulichkeit	271
b) Art. 18a HafStaatKonRL	271
aa) Zuständige Stelle	271
bb) Hinweisgebende Person	271
cc) Meldegegenstand	272
dd) Meldeprozess	272
ee) Vertraulichkeit	273
c) Verhältnis zur HinSchRL	273
4. Zwischenergebnis	274
IV. Umweltschutz	275
1. Art. 22 OffSichRL	275
a) Zuständige Behörde	275
b) Hinweisgebende Person	276
c) Meldegegenstand	277
d) Meldeprozess	277
e) Vertraulichkeit	277

f) Schutzregelungen	278
g) Verhältnis zur HinSchRL	278
2. Zwischenergebnis	278
V. Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz	279
1. Art. 140 KontrollVO	279
a) Zuständige Behörde	279
b) Hinweisgebende Person	280
c) Meldegegenstand	280
d) Meldeprozess	280
e) Schutzregelungen	280
f) Verhältnis zur HinSchRL	280
2. Zwischenergebnis	281
VI. Zwischenergebnis	282
Kapitel 4: Nationale Umsetzung der unionsrechtlichen Regelungen	284
A. HinSchG als allgemeiner Standard	284
I. Verpflichtete	286
1. Interne Meldestellen	286
2. Externe Meldestellen	289
II. Hinweisgebende Person	291
III. Meldegegenstand	292
1. Umfang des sachlichen Anwendungsbereichs	293
a) Straf- und bußgeldbewehrte Verstöße	294
b) Sonstige Rechtsverstöße	295
c) Verfassungsfeindliche Äußerungen von Beamten	295
2. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich	297
a) Vorrang von Sicherheitsinteressen	297
b) Vorrang bestimmter Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	298
IV. Meldeprozess	300
1. Interne Meldestelle	300
a) Meldekanal	302
b) Entgegennahme der Meldungen	302
c) Folgemaßnahmen	303
d) Informationspflicht	304
2. Externe Meldestelle	304
a) Meldekanal	305
b) Entgegennahme der Meldungen	305

c) Folgemaßnahmen	306
aa) Prüfung der Stichhaltigkeit	306
bb) Vorgehen gegen den Verstoß	307
cc) Rückmeldung	309
dd) Abschluss des Verfahrens	310
d) Informationspflicht	311
V. Vertraulichkeit	313
1. Vertraulichkeitsgebot	313
2. Ausnahmen	314
VI. Anonymität	317
VII. Schutzregelungen	320
1. Allgemeine Voraussetzungen	320
a) Hinweisgebende Person	320
aa) Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	320
bb) Hinreichender Grund zur Annahme	323
cc) Zuständigkeit der Meldestelle	324
(1) Interne Meldung	324
(2) Externe Meldung	326
dd) Unbeachtlichkeit der Motivlage	328
b) Weitere geschützte Personen	328
2. Maßnahmen	329
a) Verbot von Repressalien	330
b) Straflosigkeit und Haftungsbeschränkung	331
aa) § 6 Abs. 1 und 2 HinSchG	331
bb) § 35 HinSchG	332
cc) Notwendigkeitsvorbehalt	333
c) Beweislastumkehr	334
d) Schadensersatz	335
e) Sanktionen	336
f) Hilfsangebote	337
3. Gemeldete Person	338
VIII. Finanzielle Anreize	340
IX. Zwischenergebnis	341
B. Bereichsspezifische Regelungen zu internen Meldestellen	344
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	345
1. § 25a Abs. 1 S. 6 Nr. 3 KWG	345
a) Verpflichtete	345
b) Hinweisgebende Person	346
c) Meldegegenstand	346

d) Meldeprozess	347
e) Vertraulichkeit	348
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	348
aa) Art. 71 Abs. 3 EigKapRL, Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO, Art. 73 Abs. 2 FinMarktRL-II, Art. 65 Abs. 3 ZenVerwahrVO, Art. 28 Abs. 4 PRIIP-VO und Art. 41 Abs. 4 ProspektVO	348
bb) HinSchRL	349
2. § 80 Abs. 1 S. 1 WpHG	350
3. § 28 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 KAGB	351
a) Verpflichtete	352
b) Hinweisgebende Person	352
c) Meldegegenstand	352
d) Meldeprozess	353
e) Vertraulichkeit	353
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	353
aa) Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO, Art. 99d Abs. 5 OGAW- RL, Art. 28 Abs. 4 PRIIP-VO	353
bb) HinSchRL	354
4. § 68 Abs. 4 S. 3 KAGB	354
a) Verpflichtete	355
b) Hinweisgebende Person	355
c) Meldegegenstand	355
d) Meldeprozess	356
e) Vertraulichkeit	356
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	356
aa) Art. 99d Abs. 5 OGAW-RL	356
bb) HinSchRL	356
5. § 119 Abs. 6 KAGB	357
a) Verpflichtete	357
b) Hinweisgebende Person	358
c) Meldegegenstand	358
d) Meldeprozess	358
e) Vertraulichkeit	358
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	359
aa) Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO, Art. 99d Abs. 5 OGAW- RL und Art. 41 Abs. 4 ProspektVO	359
bb) HinSchRL	359
6. § 55b Abs. 2 S. 2 Nr. 7 WPO i. V. m. §§ 40 und 59 BS WP/vBP	359
a) Verpflichtete	360

b)	Hinweisgebende Person	361
c)	Meldegegenstand	361
d)	Meldeprozess	361
e)	Vertraulichkeit	362
f)	Schutzregelungen	362
g)	Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	363
aa)	Art. 30e Abs. 3 AbPrüfRL	363
bb)	HinSchRL	363
7.	§ 5 Abs. 8 BörsG	364
a)	Verpflichtete	365
b)	Hinweisgebende Person	365
c)	Meldegegenstand	365
d)	Meldeprozess	365
e)	Vertraulichkeit	366
f)	Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	366
aa)	Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO, Art. 73 Abs. 2 FinMarktRL-II, Art. 24 Abs. 3 WertFinGeVO, Art. 28 Abs. 4 PRIIP-VO und Art. 41 Abs. 4 ProspektVO	366
bb)	HinSchRL	366
8.	§ 23 Abs. 6 VAG	367
a)	Verpflichtete	367
b)	Hinweisgebende Person	368
c)	Meldegegenstand	368
d)	Meldeprozess	368
e)	Vertraulichkeit	369
f)	Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	369
aa)	Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO, Art. 28 Abs. 4 PRIIP-VO und Art. 41 Abs. 4 ProspektVO	369
bb)	HinSchRL	370
9.	§ 58 WpHG	370
10.	§ 13 Abs. 1 WplG	372
a)	Verpflichtete	372
b)	Hinweisgebende Person	372
c)	Meldegegenstand	372
d)	Meldeprozess	373
e)	Vertraulichkeit	373
f)	Verhältnis zu § 80 Abs. 1 S. 1 WpHG	374
g)	Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	374
aa)	Art. 22 Abs. 2 WertFirmRL	374
bb)	HinSchRL	374

11. Zwischenergebnis	375
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	377
1. § 6 Abs. 5 GwG	377
a) Verpflichtete	378
b) Hinweisgebende Person	378
c) Meldegegenstand	378
d) Meldeprozess	379
e) Vertraulichkeit	379
f) Anonymität	379
g) Schutzregelungen	380
h) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	381
aa) Art. 61 Abs. 3 GwRL-IV	381
bb) HinSchRL	381
2. Zwischenergebnis	382
III. Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten	382
1. § 77 BDSG	382
a) Verpflichtete	383
b) Hinweisgebende Person	383
c) Meldegegenstand	383
d) Meldeprozess	384
e) Vertraulichkeit	384
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	384
aa) Art. 48 JI-RL	384
bb) HinSchRL	384
2. Zwischenergebnis	385
IV. Arbeitnehmerschutz	386
1. §§ 127, 128 SeeArbG	386
a) Verpflichtete	386
b) Hinweisgebende Person	386
c) Meldegegenstand	387
d) Meldeprozess	387
e) Schutzregelungen	388
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	389
aa) Anhang Titel 5 SeeArbÜ-RL	389
bb) HinSchRL	389
2. Zwischenergebnis	389
V. Zwischenergebnis	390

C. Bereichsspezifische Regelungen zu externen Meldestellen	391
I. Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Finanzmärkte	392
1. § 4d FinDAG und BaFinHwgeB	392
a) Zuständige Behörde	393
b) Hinweisgebende Person	394
aa) Rechtslage vor dem HinSchG	394
bb) Rechtslage seit dem HinSchG	394
c) Meldegegenstand	395
d) Meldeprozess	396
aa) Meldekanal	396
bb) Entgegennahme der Meldungen	397
cc) Folgemaßnahmen	398
dd) Informationspflicht	398
e) Vertraulichkeit	399
f) Anonymität	400
g) Schutzregelungen	401
aa) Hinweisgebende Person	401
(1) Voraussetzungen	401
(2) Maßnahmen	402
bb) Gemeldete Person	402
h) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	403
aa) Art. 71 Abs. 1 und 2 EigKapRL, Art. 32 Abs. 1, 2, 4 und 5 MarktMissVO i. V. m. MarktMiss-DFRL, Art. 73 Abs. 1 FinMarktRL-II, Art. 99d Abs. 1, 2 und 4 OGAW-RL, Art. 65 Abs. 1 und 2 ZenVerwahrVO, Art. 24 Abs. 1 und 2 WertFinGeVO, Art. 28 Abs. 1, 2 und 3 PRIIP-VO, Art. 35 VersVertrRL, Art. 41 Abs. 1 und 2 ProspektVO und Art. 22 Abs. 1 WertFirmRL	403
bb) HinSchRL	403
2. § 3b BörsG	404
a) Zuständige Behörden	404
b) Hinweisgebende Person	405
c) Meldegegenstand	405
d) Meldeprozess	405
e) Vertraulichkeit	406
f) Anonymität	406
g) Schutzregelungen	406
aa) Hinweisgebende Person	406
bb) Gemeldete Person	407

h) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	407
aa) Art. 73 Abs. 1 FinMarktRL-II und Art. 24 Abs. 1 und 2 WertFinGeVO	407
bb) HinSchRL	407
3. § 34d Abs. 12 GewO	408
a) Zuständige Behörden	408
b) Hinweisgebende Person	408
c) Meldegegenstand	409
d) Meldeprozess	409
e) Vertraulichkeit	410
f) Anonymität	410
g) Schutzregelungen	410
aa) Hinweisgebende Person	410
bb) Gemeldete Person	410
h) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	411
aa) Art. 35 VersVertrRL	411
bb) HinSchRL	411
4. WPO	412
5. Zwischenergebnis	412
II. Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	414
1. § 53 GwG	414
a) Zuständige Behörden	416
b) Hinweisgebende Person	417
c) Meldegegenstand	417
d) Meldeprozess	418
e) Vertraulichkeit	418
f) Anonymität	418
g) Schutzregelungen	419
aa) Hinweisgebende Person	419
bb) Gemeldete Person	420
h) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	420
aa) Art. 61 Abs. 1, 2 und 3 UAbs. 2 und 3 GwRL-IV und Art. 21 Abs. 1 GeldTransVO	420
bb) HinSchRL	421
2. Zwischenergebnis	421
III. Verkehrssicherheit	422
1. §§ 127, 128 SeeArbG	422
a) Zuständige Behörde	422
b) Hinweisgebende Person	422
c) Meldegegenstand	423

d) Meldeprozess	423
e) Vertraulichkeit	423
f) Anonymität	424
g) Schutzregelungen	424
h) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	424
aa) Art. 5 SeeArbÜ-FlagStaatRL	424
bb) HinSchRL	425
2. §§ 5 Abs. 1, 11 Abs. 1, 14 Abs. 1 i. V. m. Anlage Abschn. D Nr. 8 SchSG i. V. m. Art. 18, 18a HafStaatKonRL i. V. m. § 139 SeeArbG	426
a) Zuständige Behörde	427
b) Hinweisgebende Person	427
c) Meldegegenstand	428
d) Meldeprozess	428
e) Vertraulichkeit	429
f) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	429
aa) Art. 18, 18a HafStaatKonRL	429
bb) HinSchRL	429
3. Zwischenergebnis	430
IV. Umweltschutz	431
1. § 61 OffshoreBergV	431
a) Zuständige Behörde	431
b) Hinweisgebende Person	431
c) Meldegegenstand	432
d) Meldeprozess	432
e) Vertraulichkeit	432
f) Schutzregelungen	433
g) Verhältnis zum entsprechenden Unionsrecht	433
aa) Art. 22 OffSichRL	433
bb) HinSchRL	433
2. Zwischenergebnis	434
V. Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz	435
VI. Zwischenergebnis	435
D. Die Struktur des nationalen Hinweisgeberschutzes nach der unionsrechtlichen Harmonisierung	437
I. Umsetzung des Art. 3 Abs. 1 HinSchRL	437
1. Vorrang der bereichsspezifischen internen Meldestelle aus § 4 Abs. 1 HinSchG	438

2. Vorrang der bereichsspezifischen externen Meldestelle aus § 4 Abs. 1 HinSchG	441
3. Ergänzung der fehlenden bereichsspezifischen Meldestelle durch das HinSchG	443
4. Nebeneinander der Meldestellen ohne Vorrang und der Meldestellen des HinSchG	444
5. Zwischenergebnis	445
II. Verhältnis des HinSchG zu den bereichsspezifischen Unions- und Umsetzungsvorschriften im Einzelnen	446
1. Interne Meldestellen	446
a) Unionsrechtliche Regelungen	447
aa) Art. 26 Abs. 5 ZenVerwahrVO	447
bb) Art. 24 Abs. 3 WertFinGeVO	447
cc) Art. 14 Abs. 3 BenchmarkVO	448
dd) Art. 21 Abs. 2 GeldTransVO	448
ee) Art. 5 ZivLuftMeldVO	449
ff) Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO	450
b) Nationale Umsetzungsnormen	450
aa) § 25a Abs. 1 S. 6 Nr. 3 KWG	450
bb) § 80 Abs. 1 S. 1 WpHG	451
cc) § 28 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 KAGB	451
dd) § 68 Abs. 4 S. 3 KAGB	452
ee) § 119 Abs. 6 KAGB	452
ff) § 55b Abs. 2 S. 2 Nr. 7 WPO i. V. m. §§ 40 und 59 BS WP/vBP	453
gg) § 5 Abs. 8 BörsG	454
hh) § 23 Abs. 6 VAG	455
ii) § 58 WpHG	455
jj) § 13 Abs. 1 WpIG	456
kk) § 6 Abs. 5 GwG	456
ll) § 77 BDSG	457
mm) §§ 127, 128 SeeArbG	457
2. Externe Meldestellen	458
a) Unionsrechtliche Regelungen	458
aa) Art. 5 ZivLuftMeldVO, §§ 7 und 9 LuftVO	458
bb) Art. 32 Abs. 1 und 2 MarktMissVO	459
b) Nationale Umsetzungsnormen	459
aa) § 4d FinDAG und BaFinHwggebV	459
bb) § 3b BörsG	461
cc) § 34d Abs. 12 GewO	461

dd)	§ 53 GwG	462
ee)	§§ 127, 128 SeeArbG	462
ff)	§§ 5 Abs. 1, 11 Abs. 1, 14 Abs. 1 i. V. m. Anlage Abschn. D Nr. 8 SchSG i. V. m. Art. 18, 18a HafStaatKonRL i. V. m. § 139 SeeArbG	463
gg)	§ 61 OffshoreBergV	464
hh)	§ 5 Abs. 1 Nr. 3 AVV RÜb i. V. m. Art. 140 KontrollVO	464
3.	Zwischenergebnis	465
Kapitel 5: Schlussfolgerungen für die künftige Gesetzgebung		467
A. Fazit zu den Defiziten des nationalen Rechts		467
B. Empfehlungen für eine kohärente Regelung des nationalen Hinweisgeberschutzes		469
I. Umfassendes Gesetz		469
II. Einheitliche Terminologie		470
III. Nachgebesserte Anforderungen an Meldestellen		471
1.	Verpflichtete	471
a)	Interne Meldestellen	471
b)	Externe Meldestellen	472
2.	Hinweisgebende Person	473
3.	Meldegegenstand	474
4.	Meldeprozess	476
a)	Interne Meldestelle	476
b)	Externe Meldestelle	477
5.	Vertraulichkeit	478
6.	Anonymität	478
7.	Schutzregelungen	479
a)	Voraussetzungen	479
aa)	Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	479
bb)	Hinreichender Grund zur Annahme	480
cc)	Zuständigkeit der Meldestelle	480
b)	Maßnahmen	481
aa)	Straflosigkeit und Haftungsbeschränkung	481
bb)	Schadensersatz	481
cc)	Sanktionen	482
dd)	Hilfsangebote	482
c)	Gemeldete Person	485
8.	Finanzielle Anreize	485

IV. Weitgehende Integration und Löschung der bereichsspezifischen Regelungen	487
1. Interne Meldestellen	488
a) Unionsrechtliche Regelungen	488
aa) Art. 26 Abs. 5 ZenVerwahrVO	488
bb) Art. 24 Abs. 3 WertFinGeVO	488
cc) Art. 14 Abs. 3 BenchmarkVO	488
dd) Art. 21 Abs. 2 GeldTransVO	488
ee) Art. 5 ZivLuftMeldVO	489
ff) Art. 32 Abs. 3 MarktMissVO	490
b) Nationale Umsetzungsnormen	490
aa) § 25a Abs. 1 S. 6 Nr. 3 KWG	490
bb) § 28 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 KAGB	491
cc) § 68 Abs. 4 S. 3 KAGB	491
dd) § 119 Abs. 6 KAGB	492
ee) § 55b Abs. 2 S. 2 Nr. 7 WPO i. V. m. §§ 40 und 59 BS WP/vBP	492
ff) § 5 Abs. 8 BörsG	493
gg) § 23 Abs. 6 VAG	494
hh) § 58 WpHG	494
ii) § 13 Abs. 1 WpIG	495
jj) § 6 Abs. 5 GwG	496
kk) § 77 BDSG	497
ll) §§ 127, 128 SeeArbG	497
2. Externe Meldestellen	499
a) Unionsrechtliche Regelungen	499
aa) Art. 5 ZivLuftMeldVO, §§ 7 und 9 LuftVO	499
bb) Art. 32 Abs. 1 und 2 MarktMissVO	499
b) Nationale Regelungen	499
aa) § 4d FinDAG und BaFinHwgebV	499
bb) § 3b BörsG	501
cc) § 34d Abs. 12 GewO	502
dd) WPO	503
ee) § 53 GwG	503
ff) §§ 127, 128 SeeArbG	504
gg) §§ 5 Abs. 1, 11 Abs. 1, 14 Abs. 1 i. V. m. Anlage Abschn. D Nr. 8 SchSG i. V. m. Art. 18, 18a HafStaatKonRL i. V. m. § 139 SeeArbG	505
hh) § 61 OffshoreBergV	506
ii) § 5 Abs. 1 Nr. 3 AVV RÜb i. V. m. Art. 140 KontrollVO	507

V. Zwischenergebnis	508
Gesamtergebnis	510
Literaturverzeichnis	519

Abkürzungsverzeichnis

Die Abkürzungen der Literaturquellen sind im Zusammenhang mit der jeweiligen Quelle im Literaturverzeichnis aufgeführt (insbesondere Zeitschriftennamen). Das nachfolgende Verzeichnis konzentriert sich auf die übrigen in der Arbeit verwendeten Abkürzungen.

a. A.	andere Ansicht
a. F.	alte Fassung
Abl.	Amtsblatt
AbPrüfRL	Abschlussprüferrichtlinie (Richtlinie 2006/43/EG)
AbPrüfRL-IV	Vierte Abschlussprüferrichtlinie (Richtlinie 2014/56/EU)
AbPrüfVO	Abschlussprüferverordnung (Verordnung (EU) Nr. 537/2014)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIF	Alternative Investmentfonds
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ArbPlSchG	Arbeitsplatzschutzgesetz
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
Art.	Artikel
AVV RÜb	Allgemeine Verwaltungsvorschrift Rahmen-Überwachung
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BaFinHwgebV	BaFin-Hinweisgeberverordnung
BaFinVerstMeldV	BaFin-Verstoßmeldeverordnung
BaFinVerstMeldVÄnd-VO	Verordnung zur Änderung der BaFin-Verstoßmeldeverordnung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz AT	Amtlicher Teil des Bundesanzeigers
BayDSG	Bayrisches Datenschutzgesetz
BB	Brandenburg

BBergG	Bundesberggesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgPJMDSG	Brandenburgisches Polizei-, Justizvollzugs- und Maßregelvollzugsdatenschutzgesetz
BDG	Bundesdisziplinargesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BE	Berlin
BeamStG	Beamtenstatusgesetz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BenchmarkVO	Benchmarkverordnung (Verordnung (EU) 2016/1011)
Beschl.	Beschluss
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfJ	Bundesamt für Justiz
BG Verkehr	Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BKA	Bundeskriminalamt
BKartA	Bundeskartellamt
BInDSG	Berliner Datenschutzgesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BörsG	Börsengesetz
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BremJVollzDSG	Bremisches Justizvollzugsdatenschutzgesetz
BS WP/vBP	Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz

Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVI	Bundesverband Investment und Asset Management
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEAC	Compagnie européenne d'accumulateurs
CFR	Code of Federal Regulations
CNIL	Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
d. h.	das heißt
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dodd-Frank Act	Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act of 2010
Drs.	Drucksache
DSG NRW	Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679)
DSUG LSA	Datenschutzrichtlinienumsetzungsgesetz Sachsen-Anhalt
EASA	Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (European Union Aviation Safety Agency)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
EbAV	Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung
EbAV-RL	Richtlinie über die Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Richtlinie (EU) 2016/2341)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EigKapRL	Eigenkapitalrichtlinie (Richtlinie 2013/36/EU)
Einf.	Einführung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
endg.	endgültig
ErwG.	Erwägungsgrund
ESMA	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUStA-VO	Verordnung zur Europäischen Staatsanwaltschaft (Verordnung (EU) 2017/1939)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
f.	folgend
FATF	Financial Action Task Force
FDP	Freie Demokraten
ff.	fortfolgend
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
FinMarktRL-II	Zweite Finanzmarktrichtlinie (Richtlinie 2014/65/EU)
FinMarktVO	Finanzmarktverordnung (Verordnung (EU) Nr. 600/2014)
FIU	Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit)
Fn.	Fußnote
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
GeldTransVO	Geldtransferverordnung (Verordnung (EU) 2015/847)
GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
GeschGehRL	Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (Richtlinie (EU) 2016/943)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

GwG	Geldwäschegesetz
GwRL-I	Erste Geldwäschegerichtlinie (Richtlinie 91/308/EWG)
GwRL-IV	Vierte Geldwäschegerichtlinie (Richtlinie (EU) 2015/849)
GwRL-V	Fünfte Geldwäschegerichtlinie (Richtlinie (EU) 2018/843)
HafStaatKonRL	Hafenstaatkontrollrichtlinie (Richtlinie 2009/16/EG)
HB	Bremen
HDSIG	Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz
HE	Hessen
HEMBV	Hinweisgeberschutzgesetz-Externe-Meldestelle-des-Bundes-Verordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Hamburg
HinSchG	Hinweisgeberschutzgesetz
HinSchG-RefE-I	Erster Referentenentwurf des Hinweisgeberschutzgesetzes
HinSchG-RefE-II	Zweiter Referentenentwurf des Hinweisgeberschutzgesetzes
HinSchG-RegE	Regierungsentwurf des Hinweisgeberschutzgesetzes
HinSchRL	Hinweisgeberschutzrichtlinie (Richtlinie (EU) 2019/1937)
HmbJVollzDSG	Hamburgisches Justizvollzugsdatenschutzgesetz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HVBl.	Heeresverordnungsblatt
i. d. F.	in der Fassung
i. V. m.	in Verbindung mit
IDW PS	Prüfstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer
IHK	Industrie- und Handelskammern
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
ILO	Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization)
insb.	insbesondere
IOSCO	Internationale Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden (International Organization of Securities Commissions)
JI-RL	Datenschutzrichtlinie für Justiz und Inneres (Richtlinie (EU) 2016/680)
JMBL.	Justizministerialblatt

Abkürzungsverzeichnis

KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KapAdVO	Kapitaladäquanzverordnung (Verordnung (EU) 575/2013)
KontrollVO	Verordnung über amtliche Kontrollen (Verordnung (EU) 2017/625)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LBA	Luftfahrt-Bundesamt
LBG	Landesbeamtengesetz
LDSG RP	Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz
LDSG SH	Schleswig-Holsteinisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten
LDSG-JB	Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg für Justiz- und Bußgeldbehörden
LG	Landgericht
lit.	littera
LKA	Landeskriminalamt
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MarktMiss-DFRL	Marktmissbrauchs-Durchführungsrichtlinie (Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/2392)
MarktMissRL	Erste Marktmissbrauchsrichtlinie (Richtlinie 2003/6/EG)
MarktMissVO	Marktmissbrauchsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 596/2014)
min.	mindestens
MV	Mecklenburg-Vorpommern
n. v.	nicht verfügbar
NDSG	Niedersächsisches Datenschutzgesetz
NI	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	nationalsozialistisch
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
OffshoreBergV	Offshore-Bergverordnung
OffSichRL	Offshore-Sicherheitsrichtlinie (Richtlinie 2013/30/EU)
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OGAW-RL	Richtlinie zu Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (Richtlinie 2009/65/EG)
OGAW-RL-V	Fünfte Richtlinie zu Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (Richtlinie 2014/91/EU)
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (Office Européen de Lutte Anti-Fraude)
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PKGrG	Kontrollgremiumgesetz
PRIIP	Verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (Packaged Retail and Insurance-based Investment Products)
PRIIP-VO	Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (Verordnung (EU) Nr. 1286/2014)
ProspektVO	Prospektverordnung (Verordnung (EU) 2017/1129)
Ratsdok.	Dokument des Rates
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und Bußgeldverfahren
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz
S.	Satz/Seite
SächsDSUG	Sächsisches Datenschutz-Umsetzungsgesetz
SchadRegProtAG	Gesetz zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006
SchSG	Schiffsicherheitsgesetz

SchSV	Schiffsicherheitsverordnung
SEA	Securities Exchange Act of 1934
SEC	Securities and Exchange Commission
Sec.	Section
SeeArbG	Seearbeitsgesetz
SeeArbÜ	Seearbeitsübereinkommen 2006
SeeArbÜ-FlagStaatRL	Seearbeitsübereinkommen-Flaggenstaatrichtlinie (Richtlinie 2013/54/EU)
SeeArbÜ-RL	Richtlinie zum Seearbeitsübereinkommen (Richtlinie 2009/13/EG)
SeeAufgG	Seeaufgabengesetz
SeeBewachDV	Seeschiffbewachungsdurchführungsverordnung
SeeBewachV	Seeschiffbewachungsverordnung
SG	Soldatengesetz
SGB I	Erstes Buch Sozialgesetzbuch
SGB V	Fünfte Buch Sozialgesetzbuch
SGB XI	Elftes Buch Sozialgesetzbuch
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
SOG M-V	Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
SOX	Sarbanes-Oxley Act of 2002
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPolDVG	Saarländisches Gesetz über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei
ST	Sachsen-Anhalt
Stat.	Statutes at Large
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz
TH	Thüringen
TransparenzRL	Transparenzrichtlinie (Richtlinie 2006/111/EG)
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz

UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime)
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VersVertrRL	Versicherungsvertriebsrichtlinie (Richtlinie (EU) 2016/97)
VerwG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBeauftrG	Wehrbeauftragtengesetz
WBO	Wehrbeschwerdeordnung
WertFinGeVO	Wertpapierfinanzierungsgeschäfteeerordnung (Verordnung (EU) 2015/2365)
WertFirmRL	Wertpapierfirmenrichtlinie (Richtlinie (EU) 2019/2034)
WertFirmVO	Wertpapierfirmenverordnung (Verordnung (EU) 2019/2033)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpIG	Wertpapierinstitutsgesetz
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
z. B.	zum Beispiel
ZDG	Zivildienstgesetz
ZenVerwahrVO	Zentralverwahrerverordnung (Verordnung (EU) Nr. 909/2014)
Ziff.	Ziffer
ZivLuftMeldVO	Zivilluftfahrtmeldeverordnung (Verordnung (EU) Nr. 376/2014)